



Abbau prekärer Beschäftigung bei der Stadt Münster fortführen!

Ratsantrag

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Tel. (0251) 45 314
Fax (0251) 511 750
www.spd-muenster.de

03.12.2018

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Verfahren zu entwickeln für eine zeitnahe, stufenweise Eingliederung von auf Honorarbasis beschäftigten Lehrkräften der Volkshochschule in den TVöD. Dieses soll dem APOSOE im Frühjahr 2019 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Hierbei sind die Kosten für eine stufenweise Eingliederung darzustellen.
Es sollen insbesondere solche Honorarbeschäftigten berücksichtigt werden, die eine hohe Zahl an Wochenstunden in der Volkshochschule leisten und ein Interesse an einem Wechsel in ein Beschäftigungsverhältnis nach den Bestimmungen des TVöD bekunden.
2. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, wie sie die Honorarbeschäftigung bei der Stadt Münster in den kommenden Jahren schrittweise abbauen will. Dieses Konzept soll dem APOSOE in 2019 vorgelegt werden.

Begründung:

Nach der erfolgreichen Eingliederung von auf Honorarbasis beschäftigten Lehrkräften der Westfälischen Schule für Musik in den TVöD muss der Abbau von Honorarbeschäftigten bei der Stadt Münster fortgesetzt werden.

Die Volkshochschule beschäftigt eine hohe Anzahl von Lehrkräften auf Honorarbasis, insbesondere die Zahl der Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (Integrationskurse) ist in den letzten Jahren sehr stark angestiegen. Ausbildung und Art des Einsatzes im Unterrichtsbetrieb sind dabei vergleichbar mit denen von festangestellten Lehrkräften. Jedoch befinden sich die Honorar-dozenten in einem ungeschützten Arbeitsverhältnis, sie verdienen i. d. R. weniger als ihre angestellten Kolleginnen und Kollegen.

Gemäß dem Grundsatz, dass gute Arbeit auch eine gute Bezahlung und eine gesicherte Beschäf-



tigungssituation erfordert, soll daher die Eingliederung von Honorarbeschäftigten der Volkshochschule in den TVöD in Gang gesetzt und die unverhältnismäßig hohe Anzahl an Honorarverträgen deutlich reduziert werden.

Ziel soll es sein, diese Art von prekärer Beschäftigung bei der Stadt Münster in Zukunft schrittweise einzuschränken.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Münster

Dr. Michael Jung
Philipp Hagemann
Mathias Kersting
Katharina Köhnke
Hedwig Liekefedt
Ludger Steinmann

Stephan Brinktrine
Marius Herwig
Michael Kleyboldt
Thomas Kollmann
Anne Schulze Wintzler
Beate Vilhjalmsson
Maria Winkel

Doris Feldmann
Dr. Cornelia Jäger
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Petra Seyfferth
Robert von Olberg

